Die Ernährungsfrage und der Umweltschutz

Dass das Hochpreissegment «Bio» im Bereich der Ernährung sich auf Kosten der Ernährungsgrundlage der Armen dieser Welt auswirke, weist der Schweizer Agrarwissenschafter Urs Niggli zurück («Es hungern keine Menschen in Afrika, weil wir Bioprodukte essen»,

Inzwischen werden - als Beispiel fast 20 Millionen Hektaren der besten ukrainischen Böden mit modernster Technologie von westlichen Investoren für den Export von billigem Getreide in den Maghreb und nach Afrika genutzt. Der Weltagrarbericht von 2008 kritisiert diese Entwicklung, welche ausgehend von agrarischen Vorzugsgebieten mit modernster Technik die einheimische Landwirtschaft im Maghreb und in Afrika schädigt und damit bisherige Formen der lokalen Versorgung zerstört.

Damit sind die Störungsanfälligkeiten geschaffen worden, die nun z.B. im Ukraine-Krieg durchschlagen. Nur sollte man nicht nur den Krieg in der Ukraine, sondern zur Hauptsache auch die Zerstörung der irakischen Getreidekulturen im Irakkrieg, die Zerstörungen in Libyen und Syrien erwähnen, zumal die Landwirtschaft dieser Länder nicht erst über den Billigimport, sondern zuvor militärisch direkt und gezielt geschädigt wurde.

Die Ernährungsfrage ist mit der Ökologiefrage verbunden. Dabei geht es nicht nur um die Verschlechterung der natürlichen Produktionsgrundlagen im Zusammenhang mit der weltweiten Unterbezahlung der Landwirtschaft, sondern auch um das Klima als eine der Rückwirkungen, die den nichtnachhaltigen Umgang mit den wirtschaftlichen Produktions- und Lebensgrundlagen aufzeigen.

Die Frage ist, warum man nicht bei den naheliegenden Möglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reorganisation zugunsten ausreichender Einkommen der bäuerlichen Landwirtschaft oder bei der Rekultivierung der zerstörten Naturgrundlage (Begrünung der Wüsten) ansetzt? Der Vorschlag, stattdessen die Natur genetisch umzubauen, ist überraschend «konven-

Hans Bieri, Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL)

Global ausgerichteter Bilateralismus

Gerhard Schwarz' Überlegungen sind ein wohltuender Kontrast zur oberflächlichen, sich an die EU anbiedernden Rede von Frau Sommaruga (NZZ 9. 8. 22). Sie sollte sich vielmehr ihren selbst eingebrockten, ungelösten Problemen in der Energiepolitik widmen. Oder allenfalls, noch besser, die Aufgabe Befugteren überlassen. Für «Spontanpoliti-

kerinnen» ist das Dossier nicht geeignet. Eine Lösung für die Integration der Schweiz in Europa wird stark dem glei-

chen, was Gerhard Schwarz vor zirka einem Jahr als genügsamen Bilateralismus bezeichnete, der sich auch durch eine weiter verstärkte Zusammenarbeit mit exzellenten Volkswirtschaften von ausserhalb der EU sowie durch eine souveräne(re) Zuwanderungspolitik auszeichnen sollte. Dies zum Wohle des Standorts Schweiz im globalen Wettbewerb der Nationen. Alles, was die Schweiz institutionell noch näher an die EU heranführt, hat beim Souverän weierhin nicht den Hauch einer Chance. Die Mehrheit des Bundesrates weiss dies, bringt jedoch den Mut nicht auf, es deutlich zu machen. Was für beide Sei-

Erich Heini, Luzern

«Pannenzug» Dosto erhält Bestnoten

Von wegen Bestnoten für Dosto (NZZ 7.8.22 und 10.8.22). Anlässlich eines Ausflugs letzte Woche konnte ich den direkten Vergleich machen. Wir fuhren mit dem IC auf der Linie Lugano-Zürich, von Zug via Thalwil nach Zürich. Die Fahrt verlief sehr ruhig und angenehm. In Zürich stiegen wir um in den IC von Zürich nach Chur. Bis nach Thalwil verläuft die Strecke gleich. Was mir und meiner Frau sofort auffiel, war, dass der Zug viel unruhiger und lauter unterwegs war, also auffällig unangenehm. Beim Aussteigen in Chur interessierte mich die Marke dieses Schüttelbechers, und siehe da, es war die Marke Bombardier, also vermutlich ein Dosto.

Zwei Tage später fuhren wir auf dem Heimweg wieder mit dem IC Lugano-Zürich, diesmal ab Lugano nach Zug. Die Fahrt war – ausgenommen in Tunnels - sehr ruhig und angenehm. Ich holte nach, was ich zu Reisebeginn verpasst hatte: Ich merkte mir die Marke dieses Zugs nun auch. Es war ein Stadler-Zug, und wiederum war der Vergleich mit Bombardier für den Franzosen vernichtend. Pannen hatte er diesmal keine, und da kann ich mir sehr gut vorstellen, dass diesbezüglich eine spürbar bessere Situation erreicht werden konnte. Das mit dem Schütteln während der Fahrt aber ist sehr unangenehm und eines zeitgemässen technischen Standes absolut unwürdig.

Fremdsprachen in der Primarschule

Kürzlich erschienen in der NZZ zwei redaktionelle Beiträge zum Fremdsprachenunterricht an der Volksschule, und am 8.8.22 äusserten sich zwei Leser ebenfalls zu dem Thema. Eine ausgewogene Berichterstattung kann es aber meines Erachtens nicht bei diesen vier Stellungnahmen bewenden lassen.

Sie alle erwähnen die grossen Probleme mit den Frühfremdsprachen in der Primarschule nicht oder nur am Rande, dabei pfeifen es die Spatzen

von den Dächern, dass die Regelung mit Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse in den wenigsten Fällen befriedigt. Natürlich stimmt es, dass «immersive Sprachinseln» eine interessante Idee darstellen, aber man muss doch einfach die Realität sehen. Die meisten Kinder sind mit obigem Sprachenkonzept heillos überfordert.

Zuerst einmal gilt es, ihnen einen guten Grundstock in Deutsch zu vermitteln, was vor allem für Zugezogene aus fremden Kulturen zusätzlich zur Muttersprache bereits einen grossen Brocken darstellt. Dann kommt bald einmal Englisch, und schliesslich wird eben ab der 5. Klasse auch noch mit Französisch gestartet. Das klappt selten in befriedigen-

Das Anfangen mit der zweiten Fremdsprache sollte unbedingt auf die Oberstufe verlegt werden. Dort kann man den Unterricht leistungsmässig differenziert und entsprechend dem fortgeschrittenen Alter der Kinder gestalten, was weit eher Gewähr dafür bietet, dass Französisch bei ihnen jenen Stellenwert erlangt, den unsere westliche Landessprache verdient.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Wer profitiert?

In der NZZ vom 9.8.22 wird der Gesundheitsökonom Stefan Felder mit den Worten zitiert: «die Schweizer Spitalärzte hätten im Vergleich zu den deutschen Kollegen geradezu paradiesische Zustände, pro Bett werde hierzulande doppelt so viel Personal eingesetzt». Am Tag darauf findet sich auf der Titelseite («Streit um AHV wird ruppig») die Aussage: «Die Linke profitiert davon, dass die jüngste Jahresrechnung des Sozial-

werks besser ausfiel als erwartet.» Im ersten Fall profitieren doch wohl vor allem die Patienten, im zweiten Fall profitieren wir alle. Während die Perspektive des Gesundheitsökonomen offenbar eingeschränkt ist und das Wohl der Patienten unberücksichtigt lässt, ist die zweite Aussage wohl auf mangelnden Überblick im politischen Grabenkampf zurückzuführen.

Manfred Schmidt, Bern

An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe NZZ-Postfach, 8021 Zürich E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Abtreibungsdebatte sprachlich entgleist

von HANSPETER SCHMITT

Sprache ist nie harmlos. Sie beschreibt und schafft Wirklichkeit, verfehlt und verletzt sie aber auch. Ob die jeweils eingesetzte Sprache der Wirklichkeit entspricht und dem Leben darin dient, ist daher erfahrungsbezogen und kritisch zu überprüfen. Dieser kriti-

puncto Schwangerschaftsabbruch nicht stand. Ihn als «Auftragsmord» zu bezeichnen, verzerrt und verfälscht die damit einhergehenden Motive und komplexen Situationen. Der Begriff insinuiert gewollte Grausamkeit, feindliche Absichten und niederträchtige Komplizenschaft. Die meisten betroffenen Frauen befinden sich jedoch in einer extremen Not- und Kon-

schen Prüfung hält der Sprachgebrauch von Papst Franziskus in

bestimmte Entscheide zu ermöglichen. Sie helfen ihnen kraft ihres ärztlichen Gewissens und im Rahmen ihres geltenden Standesethos und des verfassungskonform begründeten Rechtes. Zweifellos geht es bei einer Schwangerschaft um entwicklungs

den Schutz der Ungeborenen und

sonst und unausweichlich am eigenen Leib, sprich es tangiert ihre leibseelische Integrität. Sie zusätzlich anzugreifen, sei es «nur» mit pseudomoralischen Wortplakaten, konterkariert die Humanität und Glaubwürdigkeit des damit zur Schau getragenen Lebensschutzes. Weil die praktische Verbindung von Selbstbestimmung und Lebensschutz den Kern humaner Identität berührt, sind kultivierte Diskurse darüber notwendig, gleich um welchen Bereich es konkret geht. Sich auf dem Feld herausfordernder Schwangerschaftskonflikte auf die Verschärfung von Strafrechtsnormen zu konzentrieren, wirkt jedoch bekanntlich kontraproduktiv.

Man braucht hier weder die aktuelle amerikanische Entwickerfahrungen massgeblich sind.

Realitätsblinde Vereinfacher und notorische Scharfmacher gibt es erfahrungsgemäss auf allen Seiten. Zum Schutz der Rechte betroffener Frauen und des ungeborenen Lebens haben sie auf diese Weise nichts Konstruktives beigetragen.

Hanspeter Schmitt ist Professor für theologische Ethik an der Theologi-

Freitag, 12. August 2022

KARIKATUR DER WOCHE

fliktlage. Ärztinnen und Ärzte, an die sie sich in ihrer Not wenden, beraten sie umfassend, um ihnen verantwortliche wie selbst

fähiges menschliches Leben. Es bedarf wegen seiner enormen Verletzlichkeit und Angewiesenheit sowie seiner Würde als heranwachsende Person eines besonderen Schutzes. Schwangere Frauen aber, die diesen Schutz nicht zu leisten vermögen, «Auftragsmörde rinnen» zu nennen, blendet sträflich aus, dass auch sie in hohem Mass verletzlich sind. In ihrer Schwangerschaft stehen sie in unvergleichlicher Weise selbst auf dem «Spiel». Sie erfahren die darin

Rigorose Sanktionsnormen gefährden der schwangeren Frauen massiv.

gegebenen Ansprüche, Spannungen und Konflikte wie niemand

lung noch die laufenden Initiativen der Schweizerischen Volkspartei zu bemühen. Es genügt die Rechtsgeschichte der Schweiz. Sie beweist, dass rigorose Sanktionsnormen den Schutz der Ungeborenen und der schwangeren Frauen nicht fördern, sondern massiv gefährden - mit tödlichen Konsequenzen für beide vulnerable Gruppen. Wer also diesen Personen wirklich helfen und nicht nur sein moralisches «Mütchen» kühlen will, sollte tunlichst andere Ebenen praktischer Gestaltung zur Sprache bringen: etwa familienpolitisch die finanziellen und wohnraumbezogenen Verwerfungen, unter denen kinderreiche Familien leiden; oder genderpolitisch die beschämende Benachteiligung, der fast alle Frauen, zumal mit Kindern, in Beruf, Erziehung und Lebensführung ausgesetzt sind; behindertenpolitisch die strukturelle Stärkung der Integration und öffentlichen Anerkennung von Menschen mit diversen Beeinträchtigungen; nicht zuletzt jugendpolitisch der Aufbau von Räumen der Sozialisation und Begegnung, in denen nicht Ökonomie und Leistung, sondern ganzheitliche Wert- und Identitäts

Grüne Energie muss für alle erschwinglich sein

Die bisherige Klimapolitik ist gescheitert. Die Lösung kann nicht darin liegen, fossile Energie immer teurer zu machen. Gefragt ist mehr Innovation – in allen Bereichen der Energietechnologie. Gastkommentar von Björn Lomborg

gekämpft, dass fossile Brennstoffe so teuer werden, dass die Leute gezwungen sind, auf sie zu verzichten. Ihr Traum wird nun Wirklichkeit: Die Energiepreise sind ausser Kontrolle geraten und werden bald noch weiter steigen. Dennoch ist die Lösung des Klimawandels keinen Schritt näher gerückt.

Die Energiekosten sind in den Industrieländern letztes Jahr um 26 Prozent gestiegen und werden dieses Jahr weltweit um weitere 50 Prozent zunehmen. Während westliche Regierungen Russlands Krieg in der Ukraine die Schuld geben, stiegen die Preise bereits aufgrund einer Klimapolitik, die darauf abzielt, Investitionen in fossile Brennstoffe zu drosseln. Seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens 2015 haben die 1200 grössten Energiekonzerne der Welt ihre Investitionen in Öl und Gas um mehr als zwei Drittel gekürzt. Enorme Preissteigerungen sind die unvermeidliche Folge davon, dass mehr Energie aus einem zunehmend ausgehungerten System herausgepresst wird.

Phänomenale Preise

Der klimapolitische Ansatz, Verbraucher und Unternehmen über Preisspitzen von fossilen Brennstoffen wegzudrängen, ist aus zwei Gründen schmerzhaft und bringt dem Klima wenig. Erstens vermögen Solar- und Windenergie immer noch nur einen Bruchteil des weltweiten Strombedarfs zu decken. Selbst mit enormen Subventionen und politischer Unterstützung lieferte Solar- und Windenergie im Jahr 2020 nur 9 Prozent des weltweiten Stroms. Erschwerend kommt hinzu, dass der Stromsektor lediglich für ein knappes Fünftel der globalen Emissionen verantwortlich ist; Heizen, Verkehr und Industrieprozesse ver-

Drei Jahrzehnte lang haben Klimaschützer dafür brauchen viel mehr fossile Energie. Wenn säm liche Sektoren berücksichtigt werden, liefern Solar- und Windenergie nur 1,8 Prozent der weltweiten Energieversorgung. Dabei ist Strom die am leichtesten zu dekarbonisierende Komponente: Bei der Ökologisierung der übrigen vier Fünftel der weltweiten Energieversorgung sind noch keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden.

Zweitens ist selbst in der reichen Welt klar, dass nur wenige Menschen bereit sind, den phänomenalen Preis für die Erreichung von netto null Emissionen zu zahlen. Die steigenden Preise führen zu Energiearmut in den Industrieländern, und die Preise werden noch weiter steigen.

Netto null wird Billionen kosten

Deutschland ist auf dem besten Weg, bis 2025 mehr als eine halbe Billion Euro für klimapolitische Massnahmen auszugeben, und hat dennoch nur erreicht, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen von 84 Prozent im Jahr 2000 auf heute 77 Prozent zu reduzieren. McKinsey schätzt, dass der Weg zu netto null Emissionen Europa jedes Jahr 5,3 Prozent seines BIP kosten wird, was für Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro jährlich bedeutet. Das ist mehr als Deutschland jährlich für Bildung, Polizei, Gerichte und Gefängnisse zusammen ausgibt.

Die politischen Entscheidungsträger in den westlichen Ländern können ihre teure Politik nicht weiter vorantreiben, ohne dass es zu Gegenreaktionen kommt. Wenn die Energiepreise in die Höhe schiessen, wächst das Risiko von Unmut und Unruhen, wie in Frankreich die Protestbewegung der Gelbwesten gezeigt hat.

Für die ärmsten Milliarden Menschen sind steigende Energiepreise sogar noch gravierender,

weil sie den Weg aus der Armut versperren und Düngemittel für die Landwirte unerschwinglich machen, was die Nahrungsmittelproduktion gefährdet. Die Wohlhabenden in den reichen Ländern mögen in der Lage sein, die Belastung durch einige klimapolitische Massnahmen zu ertragen, aber Schwellenländer wie Indien oder einkommensschwache Länder in Afrika können es sich nicht leisten, die Beseitigung der Armut und die wirtschaftliche Entwicklung zu opfern, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Da grüne Energie noch nicht wettbewerbsfähig ist, ist die Welt auf dem besten Weg dazu, von fossilen Brennstoffen abhängig zu bleiben. Nach einer Analyse aller derzeitigen und versprochenen klimapolitischen Massnahmen kommt die Internationale Energieagentur zu dem Ergebnis, dass bis 2050 immer noch zwei Drittel des weltweiten Energieverbrauchs auf fossile Brennstoffe entfallen werden, was nur einen bescheidenen Rückgang von heute 79 Prozent aus bedeutet.

Und die Unzulänglichkeiten der grünen Energie sind der Grund dafür, dass die Kohlenstoffemissionen weiter zunehmen. Vergangenes Jahr wurden weltweit die höchsten Emissionen aller Zeiten verzeichnet. Dieses Jahr werden sie wahrscheinlich

Wenn die Energiepreise in

die Höhe schiessen, wächst

das Risiko von Unmut und

Unruhen, wie das Beispiel

der Gelbwesten zeigt.

noch höher sein. Die Klimapolitik ist gescheitert. Indem sie die Preise für fossile Brennstoffe in die Höhe getrieben haben, haben die politischen Entscheidungsträger das Pferd von hinten aufgezäumt. Stattdessen müssen wir grüne Energie viel billigen und effektiver machen.

Die Menschheit hat sich auf Innovationen verlassen, als es darum ging, andere grosse Herausforderungen zu meistern. Das Problem der Luftverschmutzung wurde nicht gelöst, indem alle dazu gezwungen wurden, mit dem Autofahren aufzuhören, sondern indem der Katalysator erfunden wurde, der die Verschmutzung drastisch senkt. Der Hunger wurde nicht eingedämmt, indem allen gesagt wurde, sie sollten weniger essen, sondern durch die grüne Revolution, die es den Landwirten ermöglichte, viel mehr Nahrungsmittel zu produzieren.

Doch die Innovation im Bereich der grünen Energie wurde drei Jahrzehnte lang vernachlässigt. Im Jahr 1980 gab die Erste Welt mehr als 8 Cent pro 100 Dollar des BIP für Forschung und Entwicklung im Bereich kohlenstoffarmer Technologien aus. Als die Klimapolitik sich darauf zu konzentrieren begann, fossile Brennstoffe zu verteuern, halbierten sich diese Ausgaben auf weniger als 4 Cent pro 100 Dollar.

Nach Durchbrüchen suchen

Die Forscher von Copenhagen Consensus, unter ihnen drei Wirtschaftsnobelpreisträger, haben gezeigt, dass die wirksamste Klimapolitik darin besteht, die Ausgaben für grüne Forschung und Entwicklung um das Fünffache auf 100 Milliarden Dollar pro Jahr zu erhöhen. Das wäre immer noch viel weniger als die 755 Milliarden Dollar, die die Welt allein letztes Jahr für oft ineffektive gegenwärtige grüne Technologien ausgegeben hat.

Wir wissen nicht, wo die Durchbrüche stattfinden werden. Eine Lösung könnte in der Kernenergie liegen, die im Gegensatz zur witterungsabhängigen Sonnen- oder Windenergie rund um die Uhr zuverlässig Strom liefern kann, aber immer noch viel teurer ist als Energie aus fossilen Brennstoffen. Mit mehr Forschung und Entwicklung könnte die «vierte Generation» der Kernenergie letztlich viel billigere und sicherere Energie liefern. Aber wir müssen in allen Bereichen der Energietechnologie nach Durchbrüchen suchen, von billigeren Solar- und Windenergieanlagen mit massiver und sehr günstiger Speicherung bis hin zu CO□-Extraktion, Kernfusion, Biokraftstoffen der zweiten Generation und vielen anderen potenziellen Lösungen.

Der Klimawandel wird nicht dadurch gelöst dass fossile Energie unerschwinglich wird, sondern durch Innovationen, die den Preis für grüne Technologien senken, so dass jeder in der Lage sein wird, auf diese umzusteigen.

Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen Consensus Center und Visiting Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. - Aus dem Englischen übersetzt von David Lessmann

Neue Zürcher Zeitung

SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT Gegründet 1780 Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION Chefredaktor: Eric Gujer (eg.). Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.),

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.),

ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith

Pauline Voss (ine.), Corina Gall (cog.).

Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis

Kormann (ikr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich

Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehli (hhs.), Angelika Hardegge

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.),

Georg Häsler Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.). **Westschweiz:** Antonio Fumagalli (fum.).

naa.), Tobias Gafafer (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner

Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.), Philipp Wolf (phw.) Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.) Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.),

Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.). Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (cmd Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Andreas Scheiner (sca.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.).

nristoph Eisenring (cei.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas

Schürpf (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Hansuel

Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundlehner (gru.), Lorenz

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.),

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.)

Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.). Susanna Müller (sm.). Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Esther

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (scf.), Claudia Rey Rüdiger (eru.), Gian Andrea Marti (gam.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (pop.). Social Media: Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.), Marit .), Raffaela Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (mvl.), s Pfändler (nil.), Linda Koponen (lkp.), Dennis Hoffmeyer (dho.) Community: Ania Grünenfelder (ang.)

Podcast: David Vogel (dv.), Nadine Landert (Ina.), Marlen Oehler Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (iok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sih.), Eike Hoppmann (eik.) Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw

Hess (dhe.), Jasmine Ruegg (jmr.), Jörg Walch (jwa.), Conradin Zellweger (czw.), Isabelle Pfister (ipf.), Jasmine Jacot-Descombes

Art Director: Reto Althaus (ral.). Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.) Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.) Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). London: Niklaus Nuspliger (nn.). Berlin Marc Felix Serrao (flx.), René Höltschi (Ht.), Jonas Hermann (jsh. n (oma.), Fatina Keilani (kei.), Frankfurt: Michael Rasci (ra.). München: Stephanie Lahrtz (slz.). Rom: Luzi Bernet (lzb.), Andres Wysling (awy.). Madrid: Ute Müller (utm.). Wien: Ivo Mijnssen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). Stockholm: Rudolf Hermann (ruh.). Brüssel: Christoph G. Schmutz (sco.), Danie Steinvorth (DSt.), Kalina Oroschakoff (oro.), Moskau: Marku: ekeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volke bst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm Delhi: Andreas Babst (abb.). Seoul: Matthias Müller (Mue.). Peking: Matthias Kamp (mka.), Shenzhen: Matthias Sander (msa.). Tokio: Martin Kölling (koe.). Sydney: Esther Blank (esb.) Washington: Christian Weisflog (ws.). Chicago: David Signer (dai.). New York: Christof Leisinger (cri.). San Francisco:

anger (Ima.). Rio de Janeiro: Thomas Milz (mit.) Salvador da Bahia: Ale WEITERE REDAKTIONEN NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.). NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin üna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.), NZZ Geschichte: Lea Haller (Iha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ Felix Graf (CEO) Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochte ellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung anntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch. trasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

37 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital. NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat). Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022. zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate). 54 Fr. (1 Monat).

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate)

übrige Auslandpreise auf Anfrage.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte esondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und earbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redakti erner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruck nd elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritter zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG